

Zu diesem Jahrbuch

„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ – so die Überschrift des im Frühjahr 2018 unter schwierigen Umständen zustande gekommenen Koalitionsvertrages von SPD und CDU/CSU. Aus ökologischer Sicht ist erfreulich, dass trotz der großen Hektik und der offenkundig stark widerstrebenden Interessen der Akteure zumindest eine Palette von Themen vertreten ist.

Zuvor zeigte der Koalitions-Streit um die deutsche, vom geschäftsführenden Landwirtschaftsminister Schmidt im Alleingang zu verantwortende Zustimmung zur europäischen Entscheidung, das Pestizid Glyphosat für weitere 5 Jahre zuzulassen, wie sehr eine verantwortungsvolle Umweltpolitik auf der Kippe steht. Positiv, dass auf EU-Ebene überhaupt endlich eine solche Entscheidung über ein mögliches Verbot herbeigeführt wurde – traurig, dass sie an Deutschland scheiterte. Schon vor anderthalb Jahrzehnten (vgl. u. a. *JAHRBUCH ÖKOLOGIE 2003, 2004*) wurde die Agrarwende gefordert und umrissen. Manche Mühlen mahlen langsam, und zuweilen scheint es, dass die Steine, die ins Mahlwerk geraten, eher gröber und härter werden. Positiv ist, dass im aktuellen Regierungsprogramm die Einschränkung der Glyphosatverwendung eingeleitet wird.

Der Glyphosat-Fall zeigt aber auch, wie Umweltpolitik nach wie vor funktioniert: Gift für Gift, Schadstoff für Schadstoff und Problem für Problem. Umweltpolitik ist nach wie vor eine rein reaktive Krisenbewältigungsmaschinerie. Erst, wenn ein Thema in der Öffentlichkeit dank Kampagnen oder akuten Krisen eine kritische Aufmerksamkeitsdichte erreicht wird, kommt es zum Handeln. Es mangelt nach wie vor an der systematischen Umsetzung des Vorsorgeprinzips, und die Strategien sind nahezu ausschließlich reaktiv.

Angesichts der globalen Herausforderungen reicht das nicht. Die deutsche Umweltpolitik ist visionsfrei und wirkungsarm. Sie bietet keine Antworten auf die aktuellen Widersprüche und Umbrüche: Noch nie wussten wir so viel über den Klimawandel, noch nie produzierten wir so viele Treibhausgase. Immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse drängen auf eine globale Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Immer mehr demokratische Gesellschaften erweisen sich als labil bis gefährdet, immer öfter wird Politik nicht mehr durch ethische Prinzipien, wissenschaftliche Erkenntnisse oder demokratische Willensbildung

bestimmt, sondern durch populistische, oft demokratiefeindliche und menschenverachtende Strömungen.

Eine Entwicklung, die den Herausforderungen der Zeit völlig entgegenläuft. Nicht erneuerbare Ressourcen, insbesondere fossile Energieträger und metallische Rohstoffe, sind ebenso begrenzt wie die Kapazitäten der Ökosysteme, biogene Ressourcen zu Verfügung zu stellen oder Emissionen aufzunehmen. Planetare Belastungsgrenzen, deren Einhaltung für das menschliche Leben essentiell ist, werden bereits überschritten. Wenn alle Menschen bereits so leben, wirtschaften und konsumieren würden wie die Menschen in Westeuropa oder den USA, wäre dieser Planet vermutlich in noch weitaus stärkerem Maße von ökologischen und humanitären Katastrophen geprägt. Die ökologische Selbstvernichtung der Menschheit wird denkbar.

Unbegrenzt Wachsen, Verbrauchen und Wegwerfen sind nicht möglich, denn der Artenverlust nimmt dramatische Ausmaße an, Süßwasser wird zum knappen Gut, Meere werden vermüllt, der Flächenverbrauch steigt ungebrochen, Nähr- und Schadstoffe überlasten Böden und Gewässer, die Erderwärmung schreitet anscheinend unaufhaltsam und mit zunehmender Geschwindigkeit voran.

Die Menschheit steuert auf einen großen Kippunkt zu. Hauptbetroffenen von den globalen Umweltschädigungen sind schon jetzt arme Weltregionen, die gar nicht über die finanziellen, technischen und organisatorischen Mittel verfügen, sich z. B. gegen zunehmende Wetterextreme, Wasserknappheit oder Holzangel zu schützen. Dabei ist der ökologische Fußabdruck zum Beispiel in Nordamerika mehr als sieben Mal größer als in Afrika. Die Ausweitung des ressourcenintensiven Wirtschaftsmodells auf über sieben und schon Mitte des Jahrhunderts auf fast zehn Milliarden Menschen ist schlichtweg nicht möglich.

Politik darf nicht gegen, sondern muss mit der Natur stattfinden. Die Überschreitung der planetaren Belastungsgrenzen macht auch die Unzulänglichkeiten der bisherigen Nachhaltigkeitspolitik deutlich: Nachhaltigkeit verstanden als Ausgleich zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen ist gescheitert. Wann immer es ernst wird, werden soziale und ökologische Ansprüche zugunsten wirtschaftlicher Interessen an den Rand gedrängt. Im Anthropozän müssen die Grenzen des quantitativen Wachstums ernst genommen werden: Nachhaltigkeit ist Wirtschaften zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse, zur Beseitigung von Hunger, Armut und Ungleichheit – und das kann nur innerhalb dieser Grenzen, also innerhalb der ökologischen Tragfähigkeit, stattfinden.

Der Widerspruch zwischen dem Wissen über die Zukunftsgefahren und dem alltäglichen Verhalten von Individuen und Gesellschaften wird größer. In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es uns gelingt, diesen Widerspruch zu überwinden. Das stellt die Umweltbewegung und -wissenschaft vor riesige Herausforderungen.

Seit über 25 Jahren versucht das JAHRBUCH ÖKOLOGIE hier seinen bescheidenen Beitrag zu leisten. Ein Vierteljahrhundert ist eine lange Zeit, sie geht auch am Kreis der Herausgeber nicht spurlos vorüber. Mit dem vorliegenden Jahrbuch läuten wir deshalb einen Generationswechsel ein. Mit Gerd Michelsen und Udo Simonis verlassen zwei Menschen aus Altersgründen den Herausgeberkreis, die das Jahrbuch über viele Jahre hinweg maßgeblich geprägt haben. Mit unserem langjährigen Redakteur Udo Simons haben wir deshalb ein langes Gespräch geführt, das wir in diesem Jahrbuch dokumentieren.

Diese Ausgabe selbst, die 26. seit 1992, wird ein Scharnier zwischen dem bisherigen Konzept und einer behutsamen Erneuerung in Verantwortung der neuen (und teilweise alten) Herausgeber sein. Wir glauben, dass wir auch angesichts der eingangs geschilderten globalen Herausforderungen ein spannendes Jahrbuch vorgelegt haben, das sich im Wesentlichen in drei Teilen mit den Umbrüchen beschäftigt: Nach einigen kritischen Betrachtungen der vergangenen 25 Jahre Umweltpolitik ziehen im zweiten Teil unsere Autorinnen und Autoren eine Art Bilanz des Status Quo, um dann im dritten Teil einige, durchaus divergierende, Blicke auf die Herausforderungen und Szenarien der kommenden 25 Jahre zu werfen.

Die Herausgeber danken den vielen Beitragenden in dieser Ausgabe, aber auch in den vergangenen 25 Jahren. Sie danken ganz besonders den bisherigen Mitherausgebern Gerd Michelsen und Udo Simonis sowie dem engagierten Team des Hirzel Verlages, insbesondere unserer Lektorin Angela Meder.

Wir wünschen eine inspirierende Lektüre.

Die Herausgeber, im März 2018